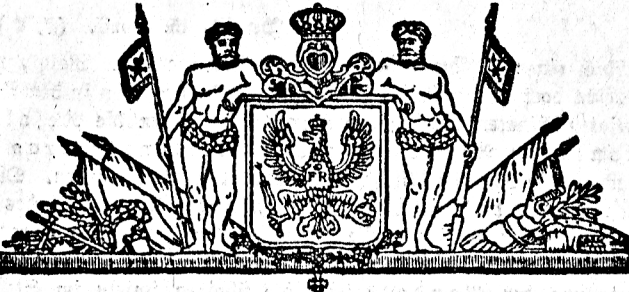


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.): J. E. K. Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernspruch-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11-100 bis 11-857
Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

Geschäftsministerium Stegerwald.

Eine neue Lösung.

Es besteht im Augenblick die große Wahrscheinlichkeit, daß heute oder morgen ein Geschäfts- und Uebergangsmministerium Stegerwald gebildet werden wird. In dieses Kabinett, das aus acht Mitgliedern bestehen soll, will Ministerpräsident Stegerwald je zwei der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei nahestehenden politischen und beamtete Persönlichkeiten aufnehmen.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß Stegerwald bereits mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten, Abgeordneten und Nichtparlamentariern Rücksprache genommen hat und sich ihrer Zustimmung vergewissert hat. Mit diesem Geschäftskabinett will Ministerpräsident Stegerwald vor den Landtag treten und die Vertrauensfrage stellen. Es ist anzunehmen, daß er eine Mehrheit erhalten wird, denn das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei würden für das Kabinett stimmen, wahrscheinlich auch die Deutschnationalen Volkspartei. Die Sozialdemokratie und die linksradikalen Fraktionen werden das Kabinett ablehnen, aber in der Minderheit bleiben.

Dieser voraussichtlichen Lösung der preussischen Regierungskrise geht im Augenblick noch ein anderer Versuch voraus. Wie das W. Z. B. mitteilt, hat Ministerpräsident Stegerwald heute den allen Koalitionsparteien die Mitteilung gemacht, daß er zweierlei nicht tue: er bilde kein Kabinett, das als eine Fortsetzung der alten Koalition angesehen werden könne, weil dafür neben den gestern veröffentlichten Gründen noch halb zweimonatliche Verhandlungen der Parteien die Möglichkeit verbaut sei; weiterhin trete er aus außen- und innerpolitischen Gründen nicht ergebnislos zurück.

In positiver Hinsicht schlug Stegerwald vor: Es wird ein Ministerium gebildet aus drei politischen Persönlichkeiten: Stegerwald, Severing und Fischel. Daneben sollen die drei bisherigen Koalitionsparteien je einen parlamentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung rein politischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orientierter und erfahrener Männer vorhanden ist. Die übrigen vier Ministerien sollen mit Beamten versehen werden, die sich verpflichten, die Reichsverfassung und preussische Verfassung in Stunden der Gefahr mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Dieser Lösungsvorschlag hat von vornherein keine Aussichten auf Erfolg, weil er, nach den Erfahrungen in den bisherigen Verhandlungen mit der Ablehnung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei zu rechnen hat. Diese Ablehnung sieht Ministerpräsident Stegerwald auch voraus, denn in der Darstellung des W. Z. B. heißt es weiter: „Führt auch dieser Vorschlag nicht zum Ziel, dann ist Stegerwald entschlossen, bis nach Erledigung der Sanktionsfrage ein Geschäfts- und Uebergangsmministerium zu bilden, in dieses in Gestalt und Leistung erprobte Männer zu berufen und bei der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zu überlassen.“

Großer Ministerrat in Paris.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

15. April, Paris.

Nach dem „Echo de Paris“ findet heute im Elysee unter dem Vorsitz von Millerand eine außerordentliche Konferenz statt, an der Ministerpräsident Briand, Kriegsminister Barthou, der Minister für die besetzten Gebiete Loucheur, der Finanzminister Doumer sowie Marschall Foch mit seinem Generalstabschef Weygand teilnehmen. In Sperrdruck teilt das Blatt dann weiter mit:

„Der Plan für die Befestigung des Ruhrgebiets und vielleicht auch die Blockade über Hamburg — um nur von diesen Eventualitäten zu sprechen — durch die erforderlichen Truppen und die Mitwirkung der Alliierten, auf die man gegebenenfalls zählen kann, werden eingehend beraten werden, ebenso wie alle wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die dazu führen können, uns bezahlt zu machen. Nach weiteren Informationen ist auch eine neue interalliierte Konferenz für Anfang Mai in Paris vorgesehen. Man hofft, daß Lloyd George an ihr teilnehmen kann.“

Der Mitarbeiter des Blattes Hutin hatte eine längere Unterredung mit einem hervorragenden Techniker für die Arbeiten der Wiedergutmachungskommission, der ihm erklärte, vor dem ersten Mai werde die Wiedergutmachungskommission Deutschland die Gesamtsumme seiner Schulden mitgeteilt haben. Die deutschen Delegierten hatten am 14. April ihre Arbeiten beendet. Sie seien aber abeten worden,

sich der Kommission bis zum 1. Mai zur Verfügung zu halten. Man erwarte nicht, daß die Deutschen die zwölf Milliarden, die sie noch von den Alliierten zwanzig schuldeten, bis zum 1. Mai zahlen würden, auch rechne man nicht darauf, daß sie sich mit der Entwertung und mit ihren übrigen Verpflichtungen besinnen werden. Was die neuen Vorschläge anbelangt, so glaube Sutin Gewissenshaft an nichts Ernsthaftes. Man müsse daher handeln, und zwar handeln ohne jede Rücksichtnahme.

Wie die Blätter melden, hat sich der Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten gestern mit den Ergebnissen der Londoner Konferenz und dem Verfalltag des 1. Mai beschäftigt. Heute wird Ministerpräsident Briand dem Ausschuss ein längeres Exposé über die gesamten Probleme der auswärtigen Politik unterbreiten.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ hatte eine Reihe von Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten. Daraus hat er den Eindruck gewonnen, daß das Kabinett Fehrenbach-Simons sich darauf festgelegt habe, die Pariser Bedingungen nicht anzunehmen, daß es also neue Vorschläge unterbreiten müsse, die ein Äquivalent dieser Pariser Beschlüsse darstellten. Sollten diese zurückgewiesen werden, so würde das Kabinett zurücktreten.

Das neue deutsche Angebot.

Der Auswärtige Ausschuss.

Wie wir hören, ist die Einberufung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages für den kommenden Dienstag in Aussicht genommen unter dem Vorbehalte, daß die Reichsregierung in der Lage sein wird bis dahin über das neue deutsche Angebot im Ausschusse Erklärungen abzugeben.

Reichsminister Dr. Simons hatte, wie wir hören, heute morgen mit den Gewerkschaftsführern ausführliche Erörterungen über die deutschen Wiederaufbaupläne.

Lloyd Georges Erklärung.

London, 15. April. (C. C.)

Auf die Anfrage Madenja Woods, ob mit Frankreich bezüglich der Zwangsmaßnahmen ein Abkommen getroffen sei, für den Fall, daß Deutschland am 1. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, antwortete Lloyd George mit einem kurzen „Nein“. Auf eine weitere Anfrage desselben Abgeordneten, ob die Regierung die Verpflichtung übernehme, keine neuen Teile Deutschlands zu besetzen, ohne das Unterhaus vorher zu befragen, gab Lloyd George keine Antwort. Der Abgeordnete Wedgwood Benn griff die Frage Woods auf, worauf Lloyd George sich zu der Erklärung herbeiließ, daß alle Entscheidungen der interalliierten Konferenzen dem Unterhaus mitgeteilt werden sollten.

Neue Verhandlungsbasis im englischen Bergarbeiterstreik?

15. London, 15. April.

Nachdem gestern vormittag die Unterredung des Ministerpräsidenten mit den Führern der Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter ergebnislos verlaufen war, hat Lloyd George gestern noch einmal mit den Grubenbesitzern verhandelt, um von ihnen Gewissenshaft über ihr äußerstes Lohnangebot zu erhalten. Das Ergebnis dieser Besprechung hat er in später Abendstunden der Bergarbeiter-Gewerkschaft mitgeteilt. Nach einer Beratung der Gewerkschafts-Exekutive gab Hodges um Mitternacht eine Erklärung ab, die zwei Angaben enthält, aus denen eine neue Möglichkeit einer gütlichen Einigung hervorgeht:

1. Die Bergarbeiterführer erklären sich bereit, Freitag vormittag in einer Besprechung mit den Grubenbesitzern über eine nationale Lohnregelung auf der Grundlage eines errechneten Einheitslohnes für das Jahr 1914 mit Zuschlägen von 100 bis 130 v. H. je nach den Lebenskosten in den verschiedenen Bezirken zu verhandeln.
2. Die Lohnregelung soll von der Frage der staatlichen Kohlenwirtschaft und der Nationalisierung der Kohlenminen getrennt werden. Die Betriebsform des Bergbaues soll nicht durch diesen Streit, sondern im Wege einer politischen Bewegung abgeändert werden.

Falls in der heutigen Besprechung befriedigende Grundlagen über ein provisorisches Lohnabkommen, das in späteren Verhandlungen zu einem dauernden umgestaltet wäre, eine Einigung erzielt wird, dürfte der Generalstreik vermieden werden. Da Lloyd George gestern den Arbeiterführern erklärte, daß die Regierung vorbehaltlos für eine nationale Regelung der Arbeitslöhne im Bergbau eintritt, dürfte die heutige Beratung Aussichten auf eine Einigung eröffnen, wenn es dem Premierminister gelingen sollte, die Grubenbesitzer zu dem grundsätzlichen Angekändnis des nationalen Lohntarifs zu bewegen.

Was soll geschehen?

Von

Alexander Redlich.

Die englische Regierung hat zwei Rundgebungen erlassen, die von der deutschen Öffentlichkeit zum Teil mißverstanden werden. Durch Reuter wurde versichert, daß ernste deutsche Vorschläge für die Wiedergutmachung von der englischen Regierung aufmerksam geprüft werden würden. Gleich darauf hat Lloyd George im Unterhaus mitgeteilt, daß England kein Abkommen mit Frankreich über Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland getroffen habe. Man kann es menschlich verstehen, daß politische Laien angesichts der Notlage unseres Volkes und in dem subjektiven Gefühl völliger Hilflosigkeit nach jedem Strohalm greifen, der ihrer erregten Einbildungskraft als ein Rettungstau, von einer fremden starken Hand gehalten, erscheint. Hoffnung auf fremde Hilfe war auch in besseren, längst verschwundenen Zeiten einer der stärksten Antriebe deutscher Politik. Über jeder Fehlschlag solcher Hoffnungen ist zu einem Schicksalsschlag für das deutsche Volk geworden. Der Weg zu dem Abgrund, an dessen Rand Deutschland jetzt steht, ist mit Illusionen gepflastert. Soll eine letzte Täuschung zum letzten verhängnisvollen Schritt, soll sie vollends in den Abgrund führen?

Gewiß, die englische Regierung wird ein deutsches Angebot, das sie für ernsthaft hält, ebenso sorgfältig prüfen wie die französische und wie die anderen alliierten Regierungen. Aber man glaube nicht, daß die englische Auffassung darüber, was ein „ernsthaftes Angebot“ bedeutet, praktisch von der der übrigen Alliierten abweicht. Die Veröffentlichung von Reuter ist in der Sache nichts anderes, als eine Wiederholung dessen, was Briand schon vorher erklärt hat. England und Frankreich — das sei hier entgegen allen Abfertigungen und Entwertungen auf das bestimmteste wiederholt — sind in der Reparationsfrage einig. Der Preis, den Frankreich für diese Einigung gezahlt hat, ist hier mehrfach genannt worden: Verzicht auf eine eigene russische und auf eine eigene syrische Politik, Waffenhilfe in einem künftigen Seerrieg. Es ist völlig gleichgültig, in welcher Form man sich zwischen London und Paris über diese Punkte verständigt hat. Wesentlich ist dabei die Tatsache, daß die französischen Verpflichtungen wirksam werden, sowie die englischen Voraussetzungen sich erfüllen; und daß England gern seinen Teil zur Erfüllung des Pakttes beitragen wird.

Wir sind leider verhindert, die Frage eines Berliner Blattes nach der Quelle dieser Informationen zu beantworten. Könnten wir es, so würde die Auskunft den Wüßbegierigen genügen. Wir verweisen aber auf die in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichte Berliner Meldung des „Manchester Guardian“, wonach die Existenz des französisch-englischen Geheimabkommens und seine Bedingungen „mindestens einem höheren Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes“ genau bekannt seien. Wir selbst haben zwar an dieser Stelle nicht nachgefragt; aber wir empfehlen allen Wüßbegierigen, dies an unserer statt zu tun.

Unsere Feststellungen über die französisch-englische Verständigung in der Reparationsfrage wollen in folgendem Zusammenhang verstanden sein. Die bisherige Verschwiegenheit der Stellung Frankreichs und Englands zur Frage der Wiedergutmachung beschränkt sich darauf, daß Frankreich mit dieser Frage ein wichtiges Lebensinteresse verbindet, das zum größeren Teil schon befriedigte England aber nicht. Umgekehrt hat das weniger interessierte England die wirksameren politischen und wirtschaftlichen Machtmittel, um Forderungen aus dem gemeinsam abgeschlossenen Friedensvertrag durchzusetzen. Der Irrtum vieler deutscher Politiker besteht nun darin, zu glauben, daß England, weil es im Gegensatz zu Frankreich nicht auf Deutschland angewiesen ist, nun auch objektiver und uninteressierter in der Reparationsfrage gegenübersteht. In Wirklichkeit verbindet England mit dieser Frage gewichtige eigene Interessen, nur daß sie auf anderen Gebieten liegen. Das englische Interesse an der Wiedergutmachungsfrage besteht darin, daß England um so größeren Einfluß auf die französische Politik gewinnen kann, je dringender Frankreich die englische Hilfe gegen Deutschland zu benötigen glaubt. Die Interessen gegenüber sind, tatsächlich zwischen Frankreich und England vorhanden sind, beziehen sich im wesentlichen nicht auf Deutschland, sondern auf eine Reihe von Fragen wie die russische, die türkisch-griechische und die syrische. In allen diesen Konflikten unterliegt Frankreich der politischen Uebermacht Englands um so mehr, wenn es gezwungen wird, gleichzeitig in europäischen Fragen englische Hilfe zu beantragen. Man erinnert sich beispielsweise daran, daß die englische Regierung in San Remo ihre Zustimmung zu der Befestigung von Frankfurt durch eine Herabminderung der vertragenmäßigen Ansprüche Frankreichs auf die syrische Petroleum-Ausbeute sich bezahlen ließ. Diese Situation Frankreichs erklärt es, daß man in Paris die Verständigung mit Deutschland nicht etwa aus Gefühlsgründen und nicht aus Furcht vor einer ernsthaft deutschfreundlichen Politik Englands lange Zeit gesucht hat, sondern weil man den ungeheuren Preis der englischen Hilfe kannte und fürchtete. Dieselbe Situation erklärt aber auch die bisherige Haltung Englands, das keinen Anlaß hatte, aktiv für eine freiwillige